Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Amtsanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Germsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Wüstenbrand, Hallbach, Langenchursdorf, Gettenbach, Gallenberg, Grumbach, Kirchlichen, Reichenhainichen, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Lichtenau, Kirchberg, Callbach, Wüstha und Rußdorf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Gemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Fritzsch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Fritzsch, für die Anzeigen Otto Hugo.

Nr. 293 | Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. Postscheck-Konto: Leipzig 23464. | Montag, den 18. Dezember 1922. | Gemeinde-Giro-Konto Nr. 14. Fernsprecher Nr. 11. | 72. Jahrg.

Amerikas Pläne.

Die Nachrichten aus Washington lauten noch zu unbestimmt und zu widerspruchsvoll, als daß sich daraus ein richtiges Bild von dem wahren Willen der amerikanischen Regierung in der Anleihefrage für Deutschland gewinnen ließe. Die Nachrichten, die in London, und diejenigen, die in Paris eingetroffen sind, sind durchaus voneinander verschieden, und man hat den Eindruck als ob sie gemäß der Meinung der englischen bezw. französischen Regierung verfaßt worden wären. Am wahrscheinlichsten dürfte sein, was sich der „Neuyork Herald" aus Washington melden läßt. Danach habe das Staatsdepartement einige von den Zeitungsnachrichten, die ein amerikanisches Eingreifen in Europa behandeln, auf das rechte Maß zurückgeführt, und habe besonders die Behauptung dementiert, als ob die Absicht bestehe, eine internationale Bankierskonferenz einzuberufen.

Die offizielle Haltung der amerikanischen Regierung umschreibt der Korrespondent des „Neuyork Herald" wie folgt:

1. Unter gewissen Bedingungen würde Amerika aktiv an der Lösung der europäischen Fragen teilnehmen:

2. Unter der Voraussetzung einer Zustimmung Frankreichs sei Amerika bereit, die Bedingungen für die Lösung der Reparationsfrage bekannt zu geben;

3. Amerika ist der Anschauung, daß Deutschland in gewissen Grenzen bezahlen solle;

4. Amerika ist der Anschauung, daß alle Besatzungsmaßnahmen sowie wirtschaftliche Erdrosselungsmaßnahmen gegenüber Deutschland die Wohlfahrt der Welt hindern;

5. Amerika ist bereit, einen großen Kredit für Deutschlands Gebrauch zu bewilligen;

6. Die Sicherheit für diesen Kredit soll durch einen Verzicht der Alliierten auf die erste Hypothek, die sie aus dem Versailler Vertrag herleiten, gegeben werden.

Es ist die Ansicht der amerikanischen Regierung, daß es töricht sei, in europäische Streitfragen sich einzumischen, ohne vorher die Zusicherung der Alliierten, besonders Frankreichs zu erhalten, daß eine solche Einmischung erwünscht sei. Nichtamtlich wird in Washington erklärt, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die aus alliierten und amerikanischen Sachverständigen bestehen würde, mit dem Zwecke, in Deutschland über die Höhe der Besteuerung Nachforschungen anzustellen und die deutsche Zahlungsfähigkeit festzustellen. Das Weiße Haus erklärt, daß im gegenwärtigen Augenblick eine vollkommene Bekanntgabe der amerikanischen Pläne unmöglich sei. Es wird aber von verantwortlicher Seite erklärt, daß die amerikanische Regierung sich ihrer Verantwortlichkeit nicht zu entziehen wünsche. Offiziell wurde die Anleihe für Deutschland von der Regierung noch nicht erörtert.

Weitere Erklärungen abzugeben, weigert man sich, doch sieht man es für bezeichnend an, daß der deutsche Botschafter Dr. Wiedfeld sofort nach seinen Besprechungen mit dem Staatsdepartement nach Neuyork abreiste. Die öffentliche Meinung in Washington ist der Anschauung, daß man der wirklichen Situation nicht vorgreifen solle: man werde jedenfalls erst mit den europäischen Staatsmännern Fühlung nehmen ehe man ein endgültiges Projekt der Oeffentlichkeit vorlege. Aber der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung ist der Anschauung, daß in unmittelbar bevorstehender Zukunft etwas Großes geschehen werde. Man hofft auch, den Kongreß dahin zu bringen, daß er keinen Widerstand leisten werde, und man spricht sogar davon, daß man an den früheren Präsidenten Wilson appellieren wolle, damit er seinen Einfluß auf die demokratischen Senatoren ausübe, damit auch diese dem Plan der Regierung keinen Widerstand entgegensetzen.

Die Stellungnahme Hardings.

Präsident Harding hatte mit den hervorragendsten Senatoren und mit einigen seiner persönlichen Ratgeber Besprechungen. Danach erklärt sich, wie der „Exchange Telegraph" erfährt, der Präsident mit der Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz für die Gewährung einer 1½ Milliarden-Anleihe für Deutschland einverstanden. In besonders gut informierten Kreisen erfährt man, daß die neue Konferenz an Bedeutung die Abrüstungskonferenz übertreffen werde. Zu einem Erfolg könne folgendes beitragen:

1. die Bereitwilligkeit amerikanischer Bankiers, eine Anleihe für Deutschland aufzubringen;

2. Erleichterung für alle Alliierten zur Bezahlung ihrer Schulden durch Verminderung der Zinsen und Gewährung einer Anleihe für verschiedene Länder;

3. die Vereinigten Staaten würden eine endgültige Regelung des Reparationsproblems fordern und die Zusicherung verlangen, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht besetze und keine anderen praktischen Maßnahmen ergreife.

Ein endgültiger Bescheid werde aber erst nach dem Eintreffen des amerikanischen Botschafters in London, Hardinge, getroffen werden.

In London ist man zwar in Bankierkreisen noch sehr skeptisch über die Erfolgsaussichten der amerikanischen Anleihepläne, andererseits erklärt man aber, daß eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, daß Amerika wirklich in die europäischen Angelegenheiten eingreifen wolle. Würden sich alle derartigen Nachrichten bewahrheiten, dann glaubt man in Londoner politischen Kreisen, daß die für den 2. Januar nach Paris einberufene Konferenz vertagt werden würde.

Keine amtlichen Mitteilungen in Berlin.

Bis zur Stunde sind über das amerikanische Anleiheprojekt noch keinerlei amtliche Mitteilungen aus Washington in Berlin eingetroffen. Es liegen lediglich die Presseäußerungen vor, die zum Teil so widersprechend lauten, daß eine amtliche Stellungnahme im Augenblick unmöglich ist. Die Reichsregierung hat sich deswegen auch noch nicht eingehender mit der Angelegenheit befaßt. In Berliner Regierungskreisen hält man es aber nicht für ausgeschlossen, daß im Laufe der nächsten Tage eine amtliche Mitteilung der amerikanischen Regierung erfolgt. Eine private Fühlungnahme zwischen Amerika und Deutschland scheint jedenfalls bereits stattgefunden zu haben. Jedoch handelte es sich hierbei nur um unverbindliche Erkundigungen bei nichtamtlichen Kreisen, denen vorerst keine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Hundert Mark = 2 Cents

Die Mark marschiert! Als der Dollar am 15. August zum ersten Male die 1000-Mark-Grenze überschritt, gaben viele von den damals noch nicht wenigen Deutschen, die noch an eine Besserung der Mark glaubten, die Hoffnung auf und begannen entweder mit Energie nach den nur allzureichlichen Vorbildern in Devisen zu spekulieren oder resignierten. Inzwischen sprang der Dollar von Stufe zu Stufe, bis er fast genau am 4jährigen Jahrestage der Revolution mit 9150 Mark an der Berliner Börse auf das mehr als 2000fache seines Vorkriegspreises hinaufsprang, während die Mark in Neuyork bis auf ein drei Sechzehntel Cents hinabsank.

Die Einsicht, daß bei dem weiteren Fortgang der Dinge Deutschlands Zusammenbruch nahe bevorstehen müsse, scheint nun endlich auch in Amerika neues Interesse für Deutschlands Wiederaufbau geweckt zu haben. Der Erfolg war eine überraschende Festigung der Mark in Neuyork, die an der Sonnabendbörse in einem Höchstkurs der Mark von 2 Cents gleich 5000 Mark für einen Dollar gipfelte, während am Vortage die Parität noch 6849 Mark betragen hatte.

Diese Festigung der Mark ist um so mehr zu begrüßen, als sie die unbedingt notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Stabilisierung der Mark bedeutet. Andererseits aber muß vor übergroßem Optimismus gewarnt werden: die bisherigen Meldungen aus Neuyork entbehren bisher der amtlichen Bestätigung. Jedenfalls muß mit Rücksicht darauf in den nächsten Tagen mit großen Schwankungen am Devisenmarkt gerechnet werden, so daß starke Rückwirkungen des Devisenrückganges auf die Preise, die z. T. auch heute noch nicht Weltmarktparität erreicht haben, vorderhand kaum zu erwarten sein werden.

Ermordung des Staatspräsidenten von Polen.

Sonnabend nachmittag wurde in Warschau – wie wir bereits den späten Abendstunden des 16. noch erfuhren — während der feierlichen Eröffnung der alljährlichen Kunstausstellung ein Attentat auf den Staatspräsidenten der Republik Polens, Gabriel Narutowitsch, verübt, indem 3 Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Staatspräsident Narutowitsch ist tot, der Attentäter, ein Kunstmaler Elias Niewiadomski, ist verhaftet.

Narutowitsch war am 9. Dezember als Nachfolger Pilsudskis mit 279 Stimmen der Linken und der Minderheiten gegen 227 Stimmen der Rechten zum Staatspräsidenten der Republik Polens gewählt worden. Seine Wahl bedeutete eine Zufallswahl und rief in den nationalen Kreisen Polens helle Empörung hervor. General Haller rief die Bevölkerung zum heftigsten Kampfe gegen Narutowitsch auf und wies die Bevölkerung auf das Recht zum Waffengebrauch und zur Selbsthilfe hin. Es kam dann am Montag und Dienstag zu blutigen Straßendemonstrationen, um Narutowitsch zur Abdankung zu zwingen. Es fanden wiederholt blutige Schießereien statt. Barrikaden wurden errichtet und der Straßenbahnverkehr ruhte. Die erste Tat der neuen Regierung war die Verabschiedung des sehr populären nationalistischen Generals Haller, was die Wut in den nationalen Kreisen Polens noch vermehrte. Nun ist Narutowitsch das Opfer eines Fanatikers geworden, obwohl es heißt, daß der Attentäter nicht aus politischen Beweggründen gehandelt haben will, sondern geistig umnachtet gewesen sein soll.

Ein Geständnis des Mörders.

Der Mörder des Präsidenten Narutowitsch, Niewiadomski, hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe. Er bestreitet, irgendwelche Helfershelfer gehabt zu haben. Der Mörder wird unverzüglich vor ein Standgericht gestellt.

Poincaré hat noch das Vertrauen.

Die französische Kammer hat die Debatte über die Interpellation betreffend die auswärtige Politik am Freitag um 1½ Uhr nachts beendigt und der Regierung mit 512 gegen 76 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Der neue Brotpreis.

In der Presse ist in letzter Zeit der neue Umlagepreis für Getreide auf 170- bis 180 000 Mark angegeben worden, demgemäß sich der Preis für ein 4-Pfund-Markenbrot ab 1. Januar auf 600 Mark stellen solle. Wie wir von unterrichteter Seite hören, treffen diese Angaben nicht zu. Es ist, wie bereits angekündigt wurde, eine beträchtliche Erhöhung für das dritte Sechstel des Umlagegetreides notwendig. Ueber das Ausmaß der Erhöhung ist jedoch noch keine Entscheidung gefällt. Uebrigens würde, selbst wenn man den angegebenen Getreidepreis für richtig halten wollte, dieser Preis sich keinesfalls in eine Erhöhung des Brotpreises auf 600 Mark auswirken. Endlich ist auch darauf hinzuweisen, daß als Termin der Preiserhöhung der 1. Januar keinesfalls in Frage kommt, sondern frühestens die Mitte des kommenden Monats.

Begnadigung und Rücktransport der letzten deutschen Kriegsgefangenen.

Sämtliche in Toulon noch zurückgebliebenen deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden; sie werden noch vor Weihnachten zurückbefördert werden.

Deutscher Wahlsieg in Flensburg.

Eine nationalpolitisch bedeutsame Wahl wurde gestern im nördlichen Grenzland vorgenommen, nämlich die Wahl des Ersten Bürgermeisters der Stadt Flensburg. Die Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers Dr. Todsen wurde dadurch in Frage gestellt, daß die Sozialdemokraten einen Gegenkandidaten in der Person des Dr. Wagner-Römmich aus Hamborn in Westfalen aufgestellt hatten. Diesen Kandidaten machten die Dänen zu dem ihrigen und agitierten eifrig für ihn. Das Ergebnis des außerordentlich heftigen Wahlkampfes war ein glänzender Sieg der deutschen Sache. Dr. Todsen wurde mit 13791 gegen 8842 Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt. Die heutige Stimmung in Flensburg erinnert an die Zeit der großen Volksabstimmung im März 1920.

SLUB
Wir führen Wissen.